



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
12.02.2014
- 3 Luftschiffhafen
  - 3.1 Sachstandsbericht
  - 3.2 Stufenkonzept für den Luftschiffhafen  
Vorlage: 14/SVV/0039  
Fraktion DIE LINKE
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 4.1 Pachtzins für alternative Wohnprojekte  
Vorlage: 11/SVV/0874  
Fraktion Die Andere
  - 4.2 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder  
Vorlage: 12/SVV/0468  
Fraktion DIE LINKE
  - 4.3 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und  
Golm  
Vorlage: 12/SVV/0664  
Fraktion SPD
  - 4.4 Umsetzung Ergebnisse Einwohnerversammlung Golm vom 29.08.2013 /  
Umverlegung 110kV-Freileitung  
Vorlage: 14/SVV/0036  
Fraktion SPD
  - 4.5 Kein Verkauf ohne Bedingungen  
Vorlage: 13/SVV/0495  
Fraktion SPD
  - 4.6 Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor  
Vorlage: 13/SVV/0613  
Fraktion Potsdamer Demokraten
  - 4.7 Ortspläne an Ortsteileingängen  
Vorlage: 13/SVV/0653  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4.8 Umsetzung Teilhabeplan  
Vorlage: 13/SVV/0756  
Fraktion Die Andere
- 4.9 Veröffentlichung Spenden für die Garnisonkirche  
Vorlage: 13/SVV/0856  
Fraktion Die Andere
- 4.10 Erbbaurechtsvertrag für Weisse Flotte  
Vorlage: 13/SVV/0860  
Fraktion DIE LINKE
- 4.11 Wohnkonzept 2014 vorlegen  
Vorlage: 13/SVV/0862  
Fraktion DIE LINKE
- 4.12 Refinanzierung der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung 2014 bis 2020  
Vorlage: 14/SVV/0063  
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation
- 4.13 Hebesatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 14/SVV/0059  
Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen
- 4.14 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2014  
Vorlage: 14/SVV/0043  
Oberbürgermeister, KommunalerImmobilienService
- 5 Einwohnerfragestunde- Zuweisung der Beantwortung
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Information über die soziale Wohnraumversorgung der Landeshauptstadt  
Potsdam (Wohnungsmarktbericht 2012)  
Vorlage: 13/SVV/0750  
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 6.2 Bürgerhaushalt 2011 - Rechenschaftsbericht  
Vorlage: 14/SVV/0026  
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- 6.3 Ergebnisse der Bürgerumfrage zum Doppel- und Bürgerhaushalt 2013/14  
Vorlage: 14/SVV/0027  
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- 6.4 Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld  
Vorlage: 14/SVV/0087  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

- 6.5 Sachstandsbericht Städtepartnerschaften  
Vorlage: 14/SVV/0151  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 7 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.02.2014**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

Aufgrund fehlender Voten der Fachausschüsse sind folgende Tagesordnungspunkte zurückzustellen:

- Tagesordnungspunkt **4.1, DS 11/SVV/0874** - Pachtzins für alternative Wohnprojekte, da die hierzu laufenden Gespräche noch nicht abgeschlossen sind und Stillschweigen über den Stand vereinbart wurde,
- Tagesordnungspunkt **4.7, DS 13/SVV/0653** - Ortspläne an Ortsteileingängen, hierzu fehlt das Votum des Ausschusses für Finanzen,
- Tagesordnungspunkt **4.8, DS 13/SVV/0756** – Teilhabeplan – ist nach Bestätigung durch Herrn Wendt durch Verwaltungshandeln erledigt,
- Tagesordnungspunkt **4.9, DS 13/SVV/0856** – Veröffentlichung Spenden Garnisonkirche – soll in der Hauptausschusssitzung am 12. März mit der alljährlichen Berichterstattung des Oberbürgermeisters verbunden und Vertreter der Stiftung eingeladen werden,
- Tagesordnungspunkt **4.12, DS 14/SVV/0063** - Refinanzierung der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung 2014 bis 2020  
**und**
- Tagesordnungspunkt **4.13, DS 14/SVV/0059** - Hebesatzsatzung  
**sowie**

- Tagesordnungspunkt **4.14, DS 14/SVV/0043** - Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2014 fehlen jeweils die Voten des Ausschusses für Bildung und Sport bzw. des Werksausschusses KIS.

Bezogen auf die letzten drei Tagesordnungspunkte schlägt Herr Dr. Scharfenberg Abstimmungen mit dem Land vor, um schon abzuklären, was abgeklärt werden kann. Der Oberbürgermeister sagt zu, dies zu versuchen; den Erfolg sehe er skeptisch.

Im Weiteren gibt Herr Schultheiß an, dass die DS 13/SVV/0613, Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor, **zurückgezogen** wird.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ sollen folgende Themen behandelt werden:

- Information zur 3-D-Straßenvermessung
- Information zum Stand Neubau für die Suppenküche/ Soziales Zentrum der Volkssolidarität.
- Tulpenfest 2014.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Da die Niederschrift des öffentlichen Teils der 103. Sitzung vom 12.02.2014 noch nicht vorliegt, wird die Bestätigung in der nächsten Hauptausschusssitzung erfolgen.

### **zu 3      Luftschiffhafen**

#### **zu 3.1    Sachstandsbericht**

Der Oberbürgermeister informiert, dass eine Einschätzung der Gutachter vorliege, die nun zusammengefasst werde. Die Gutachter stehen in der nächsten Hauptausschusssitzung für etwaige Fragen auch zur Verfügung.  
Zum aktuellen Sachstand führt Frau Runge aus, dass der Zeit- und Kostenplan eingehalten werde und die Ausführungen an der Leichtathletikhalle beginnen können.

#### **zu 3.2    Stufenkonzept für den Luftschiffhafen**

**Vorlage: 14/SVV/0039**

Fraktion DIE LINKE

neue Fassung

Herr Dr. Scharfenberg erinnert an die Diskussion in der letzten Hauptausschusssitzung und den Vorschlag der Fraktion DIE LINKE, die Sportvereine, die aufgrund der Schließungen Mitglieder- und Beitragsverluste hinnehmen mussten, durch die Stadt finanziell zu unterstützen. Die Zusammenfassung, welche zusätzlichen finanziellen Belastungen den Vereinen entstanden ist, sei allen Fraktionen zugegangen.

Nach Verweis des Oberbürgermeisters auf die Zusammenkunft mit den Vereinen und seine Ausführungen betont Frau Rademacher, dass der zusätzliche Aufwand von allen Betroffenen zu erfragen ist, um daraus die Möglichkeiten einer

städtischen Unterstützung zu prüfen. Sie stellt die Sicht und Forderungen einzelner Vereine dar, so dass neben der zusätzlichen Unterstützung auch der Verzicht auf Zuschusskürzungen in Betracht komme. Nach einer Verständigung mit dem Stadtsportbund sei es nicht sicher, dass allein ein Personalkostenzuschuss zur Verhinderung von Entlassungen ausreiche. Deshalb schlag die Verwaltung folgende Änderung des Punktes 6 vor:

*Sportvereine, die aufgrund der Schließung Nachteile hinnehmen müssen, die in einem direkten Zusammenhang mit der Schließung stehen, sollen von der Stadt in sachgerechter Weise unterstützt werden. Die Unterstützung soll durch einen über die Sportförderung hinausgehenden Zuschuss anhand von belegbaren Unterlagen über die entstandenen Mehraufwendungen erfolgen.*

In der sich anschließenden Diskussion sprechen sich Herr Schüler und Herr Kirsch für eine klare Darstellung und Information über die Höhe der benötigten Mittel aus. Frau Rademacher weist darauf hin, dass dies durch die Vereine nicht genau beziffert werden könne. Herr Dr. Scharfenberg sieht in der Formulierung, eine „sachgerechte“ Unterstützung zu geben, diesen Anspruch erfüllt. Deshalb werde die Fraktion DIE LINKE den Vorschlag insgesamt übernehmen.

Herr Heinzel merkt kritisch an, dass ihm eine Information der Vereine fehle, welche Aktivitäten sie selbst erbringen, um die Situation aufzufangen. Der Oberbürgermeister verweist auf zahlreiche Aktivitäten z. B. des SC-Potsdam – wie den Aufruf an die Mitglieder oder die Aktion, dass seitens der Wirtschaft Beitragszahlungen für Vereinsmitglieder übernommen werden. Diese Aktivitäten sollten auch dokumentiert oder Vertreter der Vereine in den Hauptausschuss eingeladen werden.

Herr Schubert betont nachdrücklich, dass die Vereine unverschuldet in diese Situation geraten seien und spricht sich für eine Abstimmung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Fassung aus. Dem schließt sich Frau Dr. Schröter an, es gehe um eine Geste der Stadt.

Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch, welche Finanzierungsquelle es dafür gebe, entgegnet der Oberbürgermeister, dass diese im weiteren Verfahren zu suchen sei und auch darüber informiert werde.

Herr Dr. Scharfenberg bestätigt auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, dass die Formulierung der Verwaltung den bisherigen Beschlusstext der DS 14/SVV/0039 ersetzt, so dass diese zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

**Sportvereine, die aufgrund der Schließung Nachteile hinnehmen müssen, die in einem direkten Zusammenhang mit der Schließung stehen, sollen von der Stadt in sachgerechter Weise unterstützt werden. Die Unterstützung soll durch einen über die Sportförderung hinausgehenden Zuschuss anhand von belegbaren Unterlagen über die entstandenen Mehraufwendungen erfolgen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	5

## zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

### zu 4.1 Pachtzins für alternative Wohnprojekte

**Vorlage: 11/SVV/0874**

Fraktion Die Andere

**zurückgestellt**

### zu 4.2 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

**Vorlage: 12/SVV/0468**

Fraktion DIE LINKE

Herr Exner informiert, dass Verwaltung und WagenHausBurg weiter im Gespräch seien und es in Kürze wieder einen Termin geben werde. Die Gespräche werden immer unter der Maßgabe geführt, dass der jetzige Standort nicht bleiben werde. Dafür gebe es den Entwurf einer Umzugsvereinbarung, zu der seitens der Bewohner der WagenHausBurg eine Stellungnahme fehle. Die Bewohner seien anwaltlich vertreten, befassen sich mit den Folgekosten und haben auch um Zeit für eine allumfassende Prüfung und Verständigung gebeten.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller bestätigt er, dass die sich bereits herauskristallisierten Probleme einer Lösung zugeführt werden können. Bezüglich der von ihr empfohlenen Verabredung über eine Zeitschiene sagt er zu, dies in die weiteren Gespräche einfließen zu lassen.

Die Vorlage wird **zurückgestellt** und in der Hauptausschusssitzung am 09. April 2014 wieder aufgerufen.

### zu 4.3 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und Golm

**Vorlage: 12/SVV/0664**

Fraktion SPD

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 4.3 und 4.4 gemeinsam zu beraten, erhebt sich kein Widerspruch. Er verweist auf die in der letzten Hauptausschusssitzung vereinbarte Beratung, die in der vergangenen Woche stattgefunden hat.

Herr Schubert schlägt eine veränderte Fassung zur DS **Klärung** mit folgendem Wortlaut vor:

*Der Hauptausschuss möge beschließen:*

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ergebnisse der Einwohnerversammlung Golm vom 29.08.2013 zielgerichtet umzusetzen und mit dem Leitungsnetzbetreiber E.DIS kurzfristig Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen,*

- die Verlegung der 110-KV-Leitung aus der Ortslage Golm heraus im Rahmen eines Vertrages zu regeln,*
- die Mehrkosten für eine alternative Trassierung der 110-KV-Leitung als Erdverkabelung im Rahmen einer Entwurfsplanung konkretisieren zu lassen und*
- eine **abgemessene** Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an den Mehrkosten als **ratierliche** Kostenerstattung **von mindestens 5 Jahren** zu verhandeln.*

*Für die kurzfristige Absicherung erster planerischer Schritte zur Konkretisierung der Erdkabeltrasse (Leitungsführung, Kosten etc.) werden aus dem Produktkonto 5110300 5431569 Mittel i. H. v. 50.000 € zur Verfügung gestellt.  
Der Hauptausschuss ist fortlaufend über die Verhandlungen mit E.DIS zu unterrichten.*

Er betont im Weiteren, dass es um eine grundsätzliche Entscheidung gehe, ob sich die Stadt hier in der Verantwortung sehe oder nicht. Darüber hinaus werden noch viel mehr Informationen und Zahlen gebraucht.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem Standpunkt des Oberbürgermeisters zu diesem Sachverhalt, der ja nicht neu sei. Er habe an der Beratung in der letzten Woche teilgenommen und es habe ihn ein Punkt beeindruckt, nämlich, dass eine andere Trassenführung gestreckt z. B. über 5 Jahre finanziert werden könne. Vielleicht können Finanzierungsmodelle entwickelt werden, die den Anteil der Stadt schmälern. Allerdings gehe er davon aus, dass bei einer Tiefenprüfung die Stadt zahle. Dem Vorschlag der Fraktion SPD könne seine Fraktion folgen, allerdings sollten die Zahlungsmodalitäten so gestaltet werden, dass über 5 Jahre gestreckt werde.

Ebenso unterstützt Herr Schultheiß den Antrag der Fraktion SPD, sieht aber auch einen Wertzuwachs für die Grundstücke, die jetzt noch unter der Trasse liegen, so dass eine Beteiligung dieser Grundstückseigentümer durchaus gerechtfertigt sei. Dies, so der Oberbürgermeister, sei geprüft worden und gehe nur auf freiwilliger Basis.

Herr Klipp führt aus, dass die Produktkonto genannten Mittel für den Masterplan Golm in den Haushalt eingestellt worden sind. Wenn diese für die Stromtrasse verwendet würden, wäre diese Planung passé. Allerdings glaube er, dass einige der Beteiligten an zusätzliche Mittel denken. Hinzu komme, dass die Kostenschätzung der Verwaltung von insgesamt 250.000 Euro ausgehe und damit stellt sich die Frage, wo die herkommen. Erst sollten die Folgekosten geprüft und dann die Planungskosten in die Hand genommen werden, ansonsten könnten letztere vielleicht umsonst gewesen sein.

Herr Heinzl verweist auf die einmalige Chance für den Ortsteil, die Trasse zu verlegen, weil sie eh erneuert werden müsse. Konsens bestehe darüber, dass die Erdverkabelung die optimalste Lösung sei. Klar sei auch, wenn das gewollt ist, müsse die Stadt die Kosten tragen – das wurde im Gespräch mit E.DIS deutlich. Deshalb werde jetzt ein Bekenntnis zu diesem Vorhaben gebraucht.

Der Oberbürgermeister stellt die Frage, ob schon jetzt der Zeitpunkt für eine Entscheidung gekommen sei. Bekannt seien die Planungskosten von ca. 250.000 Euro, von denen nur 50.000 Euro gesichert seien. Die Stadt sei nicht in der Lage, mal locker 250.000 Euro auszugeben und es werde noch impliziert, dass das die Entscheidung beinhalte, die Stadt baue die Trasse. Dann brauche mit E.DIS nicht mehr verhandelt werden, denn die haben immer gesagt, wenn die Stadt das will, müsse sie das auch bezahlen. Die Stadt habe einen begrenzten Investitionshaushalt und für den Schulneubau müssen schon Kredite aufgenommen werden. Und die Aussichten sind, dass der Zuschuss für eine Landeshauptstadt von 21 Mio. in 2013 eine Absenkung auf 7,5 Mio. in 2019 erfolgt – für eine Landeshauptstadt mit geschätzten 170.000 Einwohnern. Dazu gebe es noch keine Vorstellungen, wie die Stadt den Investitionshaushalt finanzieren solle. Deshalb halte er es für sehr fahrlässig, sich mit weiteren Summen zu binden.

Er schlägt ein weiteres Gespräch mit E.DIS vor, um zu prüfen, welche Raten möglich seien und dann erneut über das Vorhaben zu beraten. Da die hier

genannten 250.000 Euro allenfalls 10 % der Gesamtsumme seien, sollte sich auch der Finanzausschuss intensiv und dringend dazu beraten.

Ergänzend dazu schlägt Herr Schüler Gespräche mit den Grundstückseigentümern mit dem Ziel, freiwillige Vereinbarungen dazu abzuschließen, vor.

Herr Schultheiß stimmt dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zu – allerdings habe man nur jetzt die Chance, die Trasse zu ändern und das sollte mit in's Kalkül gezogen werden. Herr Kirsch schließt sich dem an und bittet, auch klar darzustellen, wo das benötigte Geld herkommt. Sonst ist das nur „Wahlkampfgetöse“ und die „Vernünftigen“ sind die „Bösen“.

Herr Dr. Scharfenberg betont nochmals, dass dies kein neues Thema sei und schon im Bundestagswahlkampf eine Rolle gespielt habe. Hier sei viel Zeit „verpasst“ worden und deshalb fordere er eine konkrete Vorlage der Trassenführung und der damit verbundenen Kosten sowie die Prüfung von Entlastungsmöglichkeiten. Nun komme es auf 14 Tage auch nicht mehr an.

Herr Schubert verweist auf den ursprünglichen Antrag, der vom 10. Oktober 2012 stamme und da habe es noch keinen Bundestagswahlkampf gegeben.

Herr Heinzl und Herrn Berndt sprechen sich ebenfalls für den Vorschlag des Oberbürgermeisters aus. Allerdings, so Herr Berndt, habe er keine Illusion darüber, dass in 14 Tagen eine andere Situation bestehe.

**zu 4.4      Umsetzung Ergebnisse Einwohnerversammlung Golm vom 29.08.2013 /  
Umverlegung 110kV-Freileitung  
Vorlage: 14/SVV/0036  
Fraktion SPD**

**siehe Tagesordnungspunkt 4.3**

**zu 4.5      Kein Verkauf ohne Bedingungen  
Vorlage: 13/SVV/0495  
Fraktion SPD**

Herr Exner betont eingangs, dass der von ihm vorgeschlagene Änderungstext aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen stamme und er diesen nicht aufrecht halte. Natürlich könne ein Mitglied aus dem Hauptausschuss sich diesen zu Eigen machen. Es könne aber auch der Text aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen zur Abstimmung gestellt werden, allerdings mit der Ergänzung, das Konzept auch im Ausschuss für Finanzen vorzulegen.

Herr Schubert plädiert für eine Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung, da mit der Kommunalwahl auch die Ausschüsse neu gebildet werden.

Die Vorlage wird mit der Ergänzung aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen und der Modifizierung des Termins und der Gremien zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam veräußert keine Grundstücke für Wohnungsbau an private Investoren, ohne daran konkrete Bedingungen zu knüpfen:

1. Der Investor verpflichtet sich zur Einhaltung der Mietenbremse, wie sie für die ProPotsdam gilt.

2. Er muss einen angemessenen Anteil Wohnungen schaffen, für die eine Mietpreisbindung gilt. Diese Wohnungen können sich auch im bisherigen Bestand in Potsdam befinden.
  3. Ebenso muss klar geregelt sein, bis wann das Grundstück spätestens bebaut sein muss.
- 4. Ein entsprechendes Konzept ist der Stadtverordnetenversammlung im September 2014 vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 4.6 Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor**  
**Vorlage: 13/SVV/0613**  
Fraktion Potsdamer Demokraten

**zurückgezogen**

**zu 4.7 Ortspläne an Ortsteileingängen**  
**Vorlage: 13/SVV/0653**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**zurückgestellt**

**zu 4.8 Umsetzung Teilhabeplan**  
**Vorlage: 13/SVV/0756**  
Fraktion Die Andere

**Durch Verwaltungshandeln erledigt.**

**zu 4.9 Veröffentlichung Spenden für die Garnisonkirche**  
**Vorlage: 13/SVV/0856**  
Fraktion Die Andere

**zurückgestellt**

**zu 4.10 Erbbaurechtsvertrag für Weisse Flotte**  
**Vorlage: 13/SVV/0860**  
Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass weitere Gespräche erfolgt seien und ein Kompromiss in dieser schwierigen Situation gefunden wurde.

Dieser beinhaltet:

1. die Weisse Flotte verzichtet dauerhaft auf einen Anbau,
2. dafür könne an der Schwanenbrücke ein Pavillon mit ca. 220 m<sup>2</sup> errichtet werden, in dem Toiletten und der Ticketverkauf sowie der Hafenseite untergebracht werden, womit im bestehenden Gebäude Raum für die Küche und das Restaurant geschaffen wird.
3. Kann ein Wintergarten in der Größe von 2/3 des jetzigen Palmenzeltes für 10 Jahre errichtet werden,

4. verzichtet die Weisse Flotte auf den Neubau eines Restaurants und wird dafür ein Restaurantschiff im Hafen nutzen und
5. erhält die Option für die Errichtung eines Gebäudes am Bahndamm für Lagerräume und Büros.

Dazu sei es notwendig, zwei Beschlussvorlagen zu den Erbbaupachtverträgen in die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im April einzubringen. Mit diesem Kompromiss habe die Weisse Flotte Planungssicherheit unabhängig vom Hotel „mercure“. Außerdem sei die Stadt damit für alle Varianten im Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens zum Lustgarten offen.

Herr Dr. Scharfenberg gratuliert, so wie anschließend mehrere Hauptausschussmitglieder, zu diesem ausgehandelten Kompromiss. Nun schließe sich der Kreis, der mit der Errichtung des Palmenzeltes und der Forderung der Verwaltung, einen Festbau zu errichten, ausgelöst worden sei. Die Weisse Flotte müsse nun nicht in ein wirtschaftliches Risiko gehen und ihr Domizil an der Langen Brücke sei für lange Zeit gesichert.

Trotz alledem wolle er den Antrag so lange **zurückstellen**, bis die angekündigten Vorlagen beschlossen wurden.

Herr Schubert plädiert für eine sofortige Beschlussfassung der Vorlage zu den Erbbaupachtverträgen. Herr Schultheiß fragt nach Umfang und Lage des zu errichtenden Gebäudes am Bahndamm und Herr Heinzl sieht eine Bestätigung dafür, dass es auch für schwierige Dinge Lösungswege gebe.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass es für den Pavillon keinen Architektenwettbewerb gebe und die Planung auch nicht dem Gestaltungsrat vorgelegt wird. Außerdem stehe diese Vereinbarung beim Wettbewerb zum Lustgarten auch nicht mehr zur Disposition.

Gegen die Zurückstellung des Antrags erhebt sich kein Widerspruch.

#### **zu 4.11 Wohnkonzept 2014 vorlegen**

**Vorlage: 13/SVV/0862**

Fraktion DIE LINKE

Herr Jekel begründet in seinen Ausführungen, dass dieses wichtige Thema im Rahmen des vorgelegten Zeit- und Arbeitsplanes entwickelt werde und eine Vorlage des Konzeptes noch in 2014 nicht möglich sei. Qualitative Abstriche sollten nicht zugelassen und der Beteiligungsprozess mit eingepflegt werden. Er spricht sich gegen den vorliegenden Antrag aus.

Frau Dr. Schröter verweist auf die bereits vorhandenen Grundlagen, weshalb es schwer vorstellbar sei, dass der Kumulationsprozess so lange dauere. Sie habe die Bedenken, dass die Realitäten die Konzeption überrollen. Dem schließt sich Herr Dr. Scharfenberg an und betont, dass er es als Aufgabe der Politik sehe, hier Druck aufzubauen und Möglichkeiten zu finden, daran konzentriert zu arbeiten.

Nach einer weiteren Diskussion über mögliche Zeitschienen und der Forcierung des Beteiligungsprozesses wird der Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Terminänderung MÄRZ 2015 zur Abstimmung gestellt.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Arbeiten am Wohnkonzept so zu veranlassen, dass das überarbeitete Konzept noch im Jahr 2014 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden kann.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im März 2015 ein entsprechender Zeitplan vorzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit abgelehnt,  
bei 4 Ja-Stimmen.

**zu 4.12 Refinanzierung der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung 2014 bis 2020**

**Vorlage: 14/SVV/0063**  
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation

**zurückgestellt**

**zu 4.13 Hebesatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 14/SVV/0059**  
Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen

**zurückgestellt**

**zu 4.14 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2014**

**Vorlage: 14/SVV/0043**  
Oberbürgermeister, KommunalerImmobilienService

**zurückgestellt**

**zu 5 Einwohnerfragestunde- Zuweisung der Beantwortung**

Der Oberbürgermeister informiert, dass seitens der Verwaltung alle vorliegenden Einwohnerfragen beantwortet werden.

**zu 6 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6.1 Information über die soziale Wohnraumversorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Wohnungsmarktbericht 2012)**

**Vorlage: 13/SVV/0750**  
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 6.2 Bürgerhaushalt 2011 - Rechenschaftsbericht**

**Vorlage: 14/SVV/0026**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 6.3 Ergebnisse der Bürgerumfrage zum Doppel- und Bürgerhaushalt 2013/14**

**Vorlage: 14/SVV/0027**

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 6.4 Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld**

**Vorlage: 14/SVV/0087**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 6.5 Sachstandsbericht Städtepartnerschaften**

**Vorlage: 14/SVV/0151**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 7 Sonstiges**

**Information zu 3-D-Straßenvermessung**

Herr Klipp führt aus, dass die Maßnahme mit der Landesdatenschutzbeauftragten abgestimmt sei, so dass die digitale Datenerfassung losgehen könne, die ausschließlich als Grundlage für die Arbeit der Verwaltung genutzt werde.

**Information der Verwaltung zum Stand Neubau für die Suppenküche/  
Soziales Zentrum der Volkssolidarität**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass es laut Aussage des Kommunalen Immobilienservice keine Chance gebe, eine kommunalrechtliche Genehmigung für einen Ersatzbau auf dem Gelände der Stadtverwaltung zu erhalten. Das begründe sich darin, dass ein Neubau für die Suppenküche nicht zu den Pflichtaufgaben der Kommune gehöre und auch die Vermietung für das Objekt an den Träger der Sozialen Zentrums/Suppenküche nicht rentierlich sei. Ein potenzieller Spender für dieses Vorhaben stehe nicht zur Verfügung und eine Kreditaufnahme über den Haushalt sei auch nicht möglich. Die Verwaltung bedauere diese Situation sehr, hat sie sich doch immer vehement für einen Verbleib der Suppenküche auf dem Campus der Stadtverwaltung ausgesprochen. Die Verwaltung befinde sich daher in Gesprächen mit dem Klinikum Ernst von Bergmann, um im Rahmen der Neuerrichtung von einem Gebäude für gemeindenahe psychiatrische Versorgung (Betreute Wohnformen) Räume für die Suppenküche mit zu planen und an die Suppenküche zu vermieten. Die zu vermietenden Räume sollen an der Gutenbergstraße errichtet werden. Nachteil sei, dass diese Räume frühestens zum Jahresende 2015 zur Verfügung stehen würden. Deshalb wurde mit dem KIS verhandelt, um die Benkertstraße bis dahin als Übergangslösung weiter nutzen zu können. Diese Lösungen wurden mit dem Träger der Suppenküche besprochen und finden dessen Zustimmung. Die Kucheneinrichtung sei bis dahin im Bürocontainer 1 auf dem Gelände der Stadtverwaltung eingelagert.

Herr Dr. Scharfenberg kritisiert, dass es diese Information erst auf Nachfrage der Fraktion DIE LINKE gegeben habe und fordert eine aktuelle Information über die Realisierung der in Aussicht gestellten Variante auf dem Gelände der Stadtverwaltung.

Herr Schubert betont, dass es immer um eine innerstädtische Lösung ging und die Unterbringung auf dem Gelände der Stadtverwaltung nur mangels anderer Alternativen zustande kam. Wenn diese Variante nun nicht weiter realisierbar sei, bleibe die Suppenküche immer noch in der Innenstadt und gut zu erreichen.

Frau Dr. Müller erinnert an die Zusage des Oberbürgermeisters, dass die Suppenküche im Juni 2014 wieder an den alten Standort zurückkehre. Sie halte die Kopplung mit dem Klinikum für nicht richtig.

Für diese Diskussion, so der Oberbürgermeister, habe er kein Verständnis. Hier werde eine Lösung präsentiert, mit der die Menschen die Möglichkeiten weiterhin in der Mitte der Stadt erhalten.

Frau Müller-Preinesberger schließt daran an und verweist auf die Gesundheitsgefährdung durch Schadstoffe im Bürocontainer, die zu dem umgehenden Auszug geführt hat. Für die Wiedererrichtung am alten Standort habe sie sich eingesetzt, aber es fehle die Finanzierung. Seitdem werde mit Hochdruck nach einem Ersatzstandort gesucht, auch nach Alternativen in der Innenstadt. Die Kommunikation der Angelegenheit sollte in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales erfolgen; das sei mit dessen Vorsitzender schon besprochen. Der Träger der Suppenküche begrüße diesen Vorschlag auch und darüber hinaus werden in diesem Rahmen auch Probleme der Menschen, die zur Suppenküche gehen, mit aufgefangen.

Herr Dr. Scharfenberg meint, es lohne sich, über diesen Stand nachzudenken und andere Lösungen zu finden; seine Fraktion werde sich daran beteiligen. Die Zielrichtung 2015 und das nun geänderte Konstrukt im Rahmen des Klinikums seien für ihn sehr vage und er bitte um eine Berichterstattung in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

### **Tulpenfest 2014**

Frau Dr. Sommer informiert, dass entsprechend des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Gespräche mit den Beteiligten geführt und einige Hürden ausgeräumt werden konnten, wie z. B. das geforderte Sicherheitskonzept. Andere, wie z.B. eine auskömmliche Finanzierung des Festes, seien aber leider geblieben. Aus der gestrigen Sondersitzung des Vereins sei nun mitgeteilt worden, dass es bei der Aussetzung des Tulpenfestes 2014 bleiben werde.

Auf die Nachfrage von Herrn Schultheiß, ob das Angebot der AG Innenstadt genutzt worden sei, antwortet sie, dass mit den unterschiedlichsten Akteuren Gespräche geführt wurden. Viele Vorschläge, wie z.B. die Übertragung des Hendlings an andere erfahrene Partner seien für den Verein derzeit nicht vorstellbar. Außerdem müsse eine dauerhafte Lösung gefunden werden und nicht nur eine für 2014.